Förderung für das Jugendcafé?

"DieIserlohner" schlagen Bewerbung für Bundesprogramm vor

Iserlohn. Um das Jugendcafé in Iserlohn endlich Realität werden zu lassen, beantragt die Fraktion "Die Iserlohner" im Rat der Stadt Iserlohn die Bewerbung auf Förderung durch das Bundesprogramm "Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit".

In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses sei erneut durch die Vertreter und Vertreterinnen des Kinder- und Jugendrates deutlich gemacht worden, dass sie sich nicht ernstgenommen fühlten, da seit mehr als zehn Jahren keine Lösung für das Jugendcafé gefunden werde. "Als Jugendhilfeausschuss muss es eine unserer größten Prioritäten sein, dies zu ändern und nun endlich eine Lösung zur Umsetzung zu finden", schreiben "DieIserlohner".

Zudem sei in dieser Sitzung bekannt geworden, dass die Kosten für ein Café an der Brüderstraße weitaus höher als ursprünglich geplant sind und sich nun auf 160.000 Euro ohne Schaffung von Barrierefreiheit belaufen.

Kinder und Jugendliche einbinden

Um den Bemühungen des Kinderund Jugendrates gerecht zu werden, solle der Jugendhilfeausschuss beschließen, die Verwaltung mit der Prüfung der Bewerbungskriterien für das Förderprogramm und gegebenenfalls die Ausarbeitung der entsprechenden Unterlagen zur Erstellung des geforderten Zukunftsplans, unter Einbindung der Jugendlichen des Kinder- und Jugendrates, zu beauftragen und sich zeitnah zu bewerben.

Das Bundesprogramm fördere Projekte für Familien, Senioren, Frauen und Jugendliche, welche von Kindern und Jugendlichen gestaltet werden. Ziel sei es, Projektideen von Jugendlichen zu unterstützen und sie aktiv in die Planung und Gestaltung zu integrieren. Verwaltung und Ausschuss übernehmen eine beratende Rolle und begleiten den Prozess.

Das Förderprogramm könne die Umsetzung des Projektes "Jugendcafé" finanzieren. Zudem verschaffe es den Jugendlichen mehr Freiraum und Handhabung in der Planung und führe zu einer Stärkung des Politikverständnisses durch die enge Zusammenarbeit mit dem Ausschuss und der Verwaltung.